

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauhaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18608

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zeilauflage 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauhaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Waffenstreckung der Montenegriner.

Die Adriahäfen Antivari und Dulcigno besetzt. — Die Kapitulation der montenegrinischen Regierung nur eine Kriegslist? — Erfolge der Türken in Persien. — Ein neuer Werbezug Nord Verbns.

Jahrestage des Weltkriegs.

24. Januar 1915. Großes Seegefecht bei Helgoland; Panzerkreuzer Blücher gesunken, ein englischer Panzerkreuzer und drei Torpedobootzerstörer vernichtet.
5000 Deutsche und Oesterreicher werden aus Petersburg ausgewiesen.
In Frankreich sind über 100 000 Mann frische englische Truppen gelandet.

Die neuesten Meldungen.

Eine Erweiterung des Bierverbandsrats.

London, 24. Januar. (Z. U.) Im Unterhause wurde eine Anfrage gestellt, ob in dem Kriegsrat des Bierverbands auch Vertreter Italiens, Japans, Rußlands und Serbiens aufgenommen werden sollen. (Belgien und Montenegro werden überhaupt nicht genannt.) Kitchin antwortete, daß eine Erweiterung des Bierverbandsrats in Vorbereitung sei.

Von der Ford'schen Friedensexpedition.

Kopenhagen, 24. Januar. (Z. U.) Der ständische Arbeitsausschuß der Ford'schen Friedensexpedition, der aus 26 Mitgliedern besteht, kam gestern aus Kopenhagen in Kopenhagen an. Western erfolgte die Abreise nach Stockholm, wo der Arbeitsausschuß der Ford'schen Expedition in Verbindung mit Delegierten des skandinavischen Friedensvereins eine Friedenskonferenz zur Ausarbeitung von Friedensbedingungen abhalten wird. Ford und Bryan treffen demnächst in Stockholm ein.

Die Kämpfe im Tigrisal.

Bagd, 23. Januar. (Z. U.) Der Daily Telegraph meldet aus Bagd, daß die für die Engländer verlustreichen Kämpfe im Tigrisal: Nach einem Nachmarsch am 12. Januar haben britische Truppen neue feindliche Stellungen fünf Meilen nördlich von Scheifan auf dem linken Tigrisufer angegriffen. Die Türken hatten sich hinter einem Fluß, der von den Pulchra-Höhen kommt, eingegraben. Diese Stellung wurde frontal angegriffen, während zu gleicher Zeit eine umfassende Bewegung aus Norden verübt wurde. Der Frontangriff hielt den Feind in seinen Kanjiraben fest, wo er einem heftigen Artilleriefeuer, an dem auch Kanonenboote sich beteiligten, ausgesetzt war. Obwohl keine Deckung im Gelände vorhanden war, gelang es den Engländern, so daß die Türken letzten Fuß in der feindlichen Stellung nahen. Während der Nacht zog der Feind abwärts dem Tigris und den Sümpfen, fünf Meilen hinter der verlorenen Stellung, 25 Meilen von Kut el Amara. Regen und Sturm erschweren die Operationen. Tolly Wall sagt, das Gelände sei so flach und deckungslos, daß große Verluste in den britischen Reihen bei den Frontangriffen auf die feindlichen Schützengräben entstanden.

Die kommenden Steuerkämpfe.

Alle Bemerkungen patriotischer Steuerwilligkeit beseitigen nicht die fatale Tatsache, daß hinter verschleierten Schleieren der heftigste Kampf gegen jede Belastung von Einkommen und Vermögen geführt und sogar die Kriegsgewinnsteuer verfeuert wird.
Dieser Steuerkampf entspringt auch das Verlangen, die Erschließung neuer Reichsteinkünfte bis nach dem Krieg zu verlagern. Einen gewissen Sinn hat es noch, einen solchen Wunsch mit der Unmöglichkeit der so notwendigen organischen und systematischen Reform der Reichsfinanzen zu begründen. Einen „gewissen“ Sinn nur, weil die von den Sozialdemokraten geforderte Weitererhebung des Beitrags alle Schwierigkeiten beheben würde. Aber es geht absolut nicht an, Schuldenzinsen mit neuen Schulden zu zahlen und die flackernde Preisse in den Einnahmen des ordentlichen Reichshaushalts noch tiefer und breiter werden zu lassen. Das will aber die Kölnische Volkszeitung, indem sie die Notwendigkeit des durch Steuerkämpfe gefährdeten Burgfriedens betont und vor einer steuerlichen Belastung des Volkes in so schweren Leuerungszeiten warnt.
Den zweiten Einwand kann das Zentrum leicht selbst aus der Welt schaffen. Es braucht nur für hohe Steuern auf Eigentum und Vermögen unter Freilassung eines hohen Existenzminimums zusammen mit der Sozialdemokratie einzutreten.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung fährt aber gegen die Zustimmung einer fleberlichen Defizitwirtschaft ziemlich schweres Geschütz auf:

„... Ein Versprechen, daß Kriegsteuern auch bei jeder beliebigen Dauer und Entwicklung des Krieges nicht eingeführt werden sollten, ist in diesen Worten (der Märzrede des Reichsschatzsekretärs, D. M.) nicht enthalten. Im Gegenteil, die Ausführungen des Reichsschatzsekretärs vom 10. März 1915 bezeichnen genau und bestimmt die Grenze, bis zu der von der Einführung von Kriegsteuern Abstand genommen werden kann. Diese Grenze wird mit dem Etat für 1916/17 überschritten. Wie der Reichsschatzsekretär in der Dezemberberatung des Reichstags mitteilte, kann der Reichshaushalt für 1916/17 ohne neue Einnahmen nicht ins Gleichgewicht gebracht werden.“

Hier liegt eine zwingende Notwendigkeit vor. Ungelöstes bed mit aller Sicherheit voranzuschreitenden Gehlvetrag des ordentlichen Etats für das kommende Rechnungsjahr wäre ein Verzicht auf Kriegsteuern nicht länger zu vertreten. Jeder andere Weg, sei es eine Defizitalleihe, sei es die Deckung der Zinsen der Kriegsschuld aus neu aufzunehmenden Anleihen, wäre eine unverantwortliche Finanzgebärde, die überdies von unsern Feinden als Zeichen finanzieller Unzulänglichkeit zur weiteren Aufspaltung der Kriegseidenschaft mißbraucht werden würde.

Wir müssen auch im Kriege die Ordnung in unserm tausenden Reichshaushalt aufrechterhalten. ...

Ueber das Wie? wird die Einigung erzielt werden. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Die Vorschläge der verbündeten Regierungen werden im Zusammenhalt mit den Steuermaßnahmen, die in den Einzelstaaten und Kommunen notwendig geworden sind, eine gerechte, die schwächeren Schültern nach Möglichkeit schonende Verteilung der Lasten bringen. Es wäre eine kleinmütige Einschätzung des im Kriege nengeborenen Gemeinheits der Parteien, wenn man annehmen wollte, daß die Parteien unfähig seien, sich über die notwendig gewordenen Kriegsteuern zu einigen. Es wäre ein schlechter Burgfrieden, der nur durch die Preisgabe von Staatsnotwendigkeiten erhalten werden würde. Die Tatsache, daß erst nach dem Friedensschluß über den Neuaufbau der Reichsfinanzen endgültig zu beschließen sein wird, beseitigt nicht die Notwendigkeit, während des Krieges die Reichsfinanzen vor einem Verfall zu bewahren. Dagegen wird diese Tatsache den Parteien die Verständigung unter sich und mit den verbündeten Regierungen erleichtern; denn es handelt sich jetzt nicht um die Schaffung dauernder Verhältnisse, sondern um Nothelfe, die der Nachprüfung und der Einordnung in die endgültige Reichsfinanzverfassung unterliegen, nicht um Grundsätze, sondern um Kriegsmassnahmen.“

Die Ausführlichkeit der Darstellung und die Schärfe des Ausdrucks zwingen zum Schluß auf heftige Kämpfe hinter den Kulissen, in denen andre Leute als der Berliner Vertreter der Kölnischen Volkszeitung führen. Für eine Kleinigkeit wird Herr Desserich in dem Regierungsblatt nicht schreiben lassen, daß er eine unverantwortliche Finanzgebärde nicht vertreten kann.

Davon abgesehen, darf der Verfasser des Artikels in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung nicht den Ruhm eines geschickten Stillisten beanspruchen. Das Verlangen, auf Grundsätze bei der Kriegsmassnahmen zu verzichten, ist absonderlich und unerfüllbar. „Finanzielle Kriegsmassnahmen“ dürfen nicht darin bestehen, die nächsten Millionen, die sich finden, auch aufzuheben. Nicht Milderer, Reform tut bitter not! Werde darum muß schon jetzt die Richtung der Steuerpolitik erörtert werden. Der Trost, es handle sich nur um Nothelfe und nicht um Schaffung dauernder Verhältnisse, gilt nicht. Eine eingeführte Steuer — man denke an das unglückliche Schicksal der Zuckersteuer oder des Schecksteins — wird nimmermehr wieder aufgehoben! Eben darum muß der Kampf um die Steuern ohne ähner Hemmnisse geführt werden können, die drohen und die eine ungeheure leidenschaftliche Erbitterung wecken würden. Im Reichstag hat der Ministerialdirektor Lewald leider erklärt, daß die Steuerbefreiungen unter die Zensur fallen werden. Das tut nicht dem Geiste wohl, der im Burgfrieden herrschen soll.

Inzwischen wird von zwei Seiten gegen die Forderung nach direkten Reichsteuern Sturm gelaufen: von den bundesstaatlichen Reichsfeinden und den Industriellen.

Der bayrische und sächsische Finanzminister sind mit den Anhängern direkter Reichsteuern nicht sehr glimpflich umgesprungen. Der Münchener Herr v. Arenberg hielt die Zeit des Burgfriedens gekommen, um seinem Keyser Lust zu machen: „Nur solche Leute,

die von der Sache absolut nichts verstanden, könnten auf eine solche Idee überhaupt kommen. ... An eine solch unsinnige Maßregel, die die bundesstaatliche Verfassung in ihren Fundamenten bedrohen würde, sei überhaupt nicht zu denken.“ Etwas milder in der Form als der Kollege in Bayern war der sächsische Finanzminister v. Seydewitz in der Ersten Ständekammer: „... Eine Ueberspannung der direkten Steuern ist höchst schädlich. Köhnt man durch übermäßige direkte Steuern den Erwerbssinn, so schwächt man damit zugleich den Sparsinn und die Kapitalbildung und damit die notwendige Vorbedingung jedes blühenden Wirtschaftslebens. Nach alledem glaubt die Regierung auf dem rechten Wege zu sein, wenn sie nach wie vor für die ungeschmälerte Befassung der direkten Steuern von Vermögen und Einkommen bei den Einzelstaaten eintritt.“

Die Berliner Politischen Nachrichten behaupten auch, daß bei der Besprechung des Reichsschatzsekretärs mit den bundesstaatlichen Finanzministern vom 12. Juli 1915, in der eine Verständigung über die Befriedigung des Bedarfs an Mehreinnahmen im Reich und in den Bundesstaaten herbeigeführt wurde, auch eine Abrede über die Begrenzung des Steuergebietes des Reichs und der Bundesstaaten getroffen wurde, ebenso, daß nach der gesetzlichen Entwicklung und dem bundesstaatlichen Charakter der Reichsverfassung dabei den Bundesstaaten die Sicherheit gewährt wurde, das Reich werde ihnen die Einkommen- und die Vermögenssteuer ungeschmälert belassen und seinen Bedarf an Mehreinnahmen durch stärkere Inanspruchnahme der direkten Steuern und der Verbrauchsabgaben bestreiten.“

Ganz schön! In den Jahren 1908 bis 1909 haben neben vielen andern Kapazitäten auch der Reichskanzler Fürst Bülow, der Reichsschatzsekretär v. Stengel, der sächsische Finanzminister v. Hüger und der württembergische v. Gehler gegen die Einführung direkter Reichsteuern den kräftigsten Einspruch erhoben. Freiherr v. Rheinbaben sagte gar: „Wollten wir (die Bundesstaaten, D. M.) die direkten Steuern aus der Hand geben, so bliebe das die Art an die Wurzel der finanziellen und politischen Selbstständigkeit der Einzelstaaten legen. ...“ Das war doch auch energisch! Und im Jahre des Herrn 1916 konnte der sächsische Finanzminister folgende drei direkte Reichsteuern aufzählen: Verbrauchsbeitrag, Vermögenszuwachssteuer und Kriegsgewinnsteuer.

Wenn im Frieden der Finanzbedarf des Reichs schon zu solchen schweren Zugeständnissen zwang, was erst, wenn nach dem Kriege eine Rechenrechnung zu zahlen sein wird! Was dann? Die bloße Tatsache, daß das Reichsbudget auf das doppelte oder dreifache seines ehemaligen Friedensstandes answillt, daß das Reich der tatsächliche Hüter aller Hoheitsrechte ist und daß es zu seiner finanziellen Sicherung classischer Steuern bedarf, schlägt alle Argumente nieder. Es ist vergeblich, gegen den zentralisierenden Reichsgedanken zu kämpfen.

Wie ich versteht, sollen die direkten Steuern nicht die Anlage von Kapital hindern, die in dieser Gesellschaft notwendig und nützlich ist, sondern das persönliche Einkommen des Kapitalisten treffen. Von ihrer Ueberspannung kann gar keine Rede sein. Verträge doch in England der Höchsttag bei einem Einkommen von zwei Millionen Mark 34 Prozent. Darum sind die Worte von einer Ueberspannung der direkten Steuern in Deutschland sehr schlecht am Platze. Der Mahnruf der Frankfurter Zeitung an alle Besitzenden zur Steuerfreundlichkeit soll durchs Land hallen: „Und die Aufgabe muß gerade sein: die Verteilung der verschiedenen Einnahmequellen auf Reich, Einzelstaaten, Kommunen von Grund auf neu zu regeln, dem Reich eine starke finanzielle Eigenkraft und große direkte Einnahmen zu verschaffen und über das ganze Steuerystem im Reich wie in den Einzelstaaten und Gemeinden das große Leitwort der neuerlichen Gerechtigkeit zu setzen.“ Diese eindringliche Mahnung ist wahrhaftig patriotischer als das billige Schlagwort des konservativen Führers im preussischen Abgeordnetenhaus, der vor einer „Auspowerung der Besitzenden“ warnen zu müssen glaubte.

Auch die kapitalistischen Organisationen schlugen sich mit dem Mut der Verzweiflung gegen direkte Reichsteuern. Schon am 20. Januar hielt der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Rheinlands-Westfalens eine Einspruchsversammlung